

Freiberger Anzeiger

und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

№ 253.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 Mark 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

38. Jahrgang.
Freitag, den 30. Oktober.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Nachbestellungen

auf die Monate

November und Dezember

werden zum Preise von 1 Mt. 50 Pfg. von allen kaiserlichen Postanstalten sowie von den bekannten Ausgabestellen und der unterzeichneten Expedition angenommen.

Expedition des Freiburger Anzeiger.

Landtag und Reichstag.

Die Landtage der deutschen Einzelstaaten sind theils schon versammelt, theils steht ihre Eröffnung nahe bevor, so daß ihr gleichzeitiges Tagen mit dem deutschen Reichstage, der zum 19. November einberufen wird, unvermeidlich scheint. In München ist die parlamentarische Arbeit in der bairischen Abgeordnetenversammlung schon im lebhaftesten Flusse und zeigt sich dort abermals der bekannte Trieb, Dinge zu behandeln, die eigentlich vor das Forum der deutschen Volksvertretung gehören. Der Ausfall der bairischen Landtagswahlen, welcher die liberale Richtung begünstigte und einen wesentlichen Rückgang des Merkantilismus aufwies, entspricht durchaus den Wünschen der liberalen bairischen Regierung, welcher auf diese Weise an der Kammermehrheit eine feste Stütze gesichert ist. Wenn auch in anderer Richtung, kann doch auch in dem demnächst wieder zusammentretenden sächsischen Landtage die Regierung auf eine starke freundlich gestimmte Mehrheit rechnen, an der alle Versuche einzelner sozialdemokratischer Abgeordneter, die Verhandlungen aus dem gewohnten ruhigen Geleise zu bringen, scheitern würden. Es läßt sich deshalb eine glatte Erledigung des Etats erwarten und die in Aussicht stehenden neuen Vorlagen, darunter angeblich eine, welche die allzusehr vermehrten wilden Tauben für vogelfrei erklärt, dürften kaum einen heftigen Strom der Parteileidenschaften entfesseln. Größeres Interesse werden voraussichtlich wieder die Eisenbahn-Vorlagen erwecken, da es für einzelne bisher noch ohne Bahnverbindung gebliebene sächsische Städte (z. B. für unsere freundliche Nachbarstadt Brand) geradezu zur Lebensfrage geworden ist, in das Bahnnetz einbezogen zu werden, was bei dem so bewährten System der Sekundärbahnen sich doch mehr und mehr ermöglichen lassen sollte. Die friedliche und ohne rhetorischen Aufwand bewerkstelligte parlamentarische Arbeit in den meisten Einzellandtagen ist durchaus nicht zu unterschätzen, da dieselbe wesentlich auf den Verlauf der Verhandlungen des deutschen Reichstages zurückwirkt. Die Analogie der Parteinähe, als auch auf der weitgehenden Rücksicht, welche die Finanzwirtschaft des Reiches auf diejenige der Einzelstaaten nehmen muß. Es wäre im Interesse der Letzteren herzlich zu wünschen, daß sich die Voraussetzungen des jetzt dem deutschen Bundesrath vorliegenden Reichshaushaltsetats erfüllen und die Auszahlung der Reichsteuer-Überschüsse an die Einzelstaaten die erwartete Höhe erreichte.

Wenn das Resultat der Erleichterung, welche bei der wiederholten Erhöhung der indirekten Reichsteuern den Einzelstaaten zugebracht und versprochen worden ist, bisher hinter den Erwartungen zurückbleibt, so darf man nicht vergessen, daß das Reich unter einer Depression der wirtschaftlichen Verhältnisse leidet, welche sich in der neuesten Zeit in allen Kulturstaaten der Welt fühlbar macht. Zur Hebung dieser wirtschaftlichen Depression kann selbst die Volksvertretung des größten und führenden deutschen Bundesstaates, das preussische Abgeordnetenhaus, nur wenig beitragen. Dasselbe ist vielmehr bei der Verbesserung des preussischen Finanz- und Steuerwesens und bei der notwendigen Hebung der gedrückten Lage von Handel und Industrie fast mehr wie mancher andere deutsche Landtag auf den Weisand des deutschen Reichstages angewiesen. Das Reich sucht die Lösung der schwebenden ernststen Fragen auf der Bahn der Schutz- und Finanzzölle. Es ist jetzt müßig zu untersuchen, ob dieser Weg der richtigste ist oder nicht. Wir sind auf diesem Pfade schon so weit vorgedrungen, daß eine Umkehr unmöglich scheint; übrigens sind die bisher gewonnenen Resultate solche, daß die Behauptung, die ganze Wirtschaftspolitik des Reichstanzlers sei verkehrt, immer seltener gehört wird. Ein abschließendes Urtheil wird sich darüber erst in einigen Jahren fällen lassen. Bewährt sich das sprichwörtliche Glück des Reichstanzlers, indem gute deutsche Ernten bei geringerer Zufuhr von Außen die Landwirtschaft wieder kaufkräftig machen, indem die

deutsche Kolonialpolitik der Industrie einen erweiterten Export ermöglicht und indem ein Fortbestehen der amerikanischen Waidbill bei Einschränkung der Silberproduktion und Abfluß des Silbergeldes nach Asien den Werth unserer Metallschätze wieder steigert — dann dürfte das Urtheil ganz anders lauten und der Erfolg das Werk krönen.

Nachdem mit der Börsensteuer der erste Versuch gemacht worden ist, auch den Uebergang des mobilen Kapitals für den Staat nutzbar zu machen, dürfte mancher der Steuererleichterung des Reiches gemachte Vorwurf verstummen. Eine Steuererleichterung, mit der alle Angehörigen des Staates zufrieden wären, wird aber niemals beschafft werden können. Es wird immer als eine unangenehme Nothwendigkeit empfunden werden, Steuern zu bezahlen und deshalb wird keine neue Steuer, sei sie eine direkte oder indirekte, mit allgemeiner Freude begrüßt werden. Wer aber in einem wohlgeordneten Staate leben und sich der Segnungen der Gezecke erfreuen will, muß auch dazu beitragen, daß das Staatswesen seinen erspriechlichen Fortgang nehmen könne. Umsonst kann Niemand einen gesicherten Raum im Staatsgebäude beanspruchen, als der völlig Mittellose, da der Staat nichts besitzt, als was ihm seine Angehörigen darreichen. Natürlich muß die Verteilung der Lasten eine gerechte und relativ gleichmäßige sein, indem sie die minder Steuerkräftigen durch die indirekten Steuern auf minder empfindliche Weise zu den Staatslasten beitragen läßt, die Wohlhabenden aber zur direkten Steuerzahlung veranlaßt, ohne ihnen den Aufenthalt im Reich und die Lust an den für die Arbeiterwelt so hochwichtigen industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen gründlich zu verleben. Bei der Lösung dieser Fragen müssen der Reichstag und die Einzellandtage Hand in Hand gehen und an der Geneigtheit hierzu ist bei dem guten Willen der deutschen Volksvertreter nicht zu zweifeln.

Die Fürsorge für diejenigen Mitbürger, welche den härtesten Kampf um's Dasein kämpfen, hat der deutsche Reichstag ernsthaft in die Hand genommen und zunächst zu Gunsten der Unbemittelten die Krankenkassen und die Unfallversicherung geschaffen, deren Segen erst später voll erkannt werden kann. Der moderne Staat sucht die Aufgabe zu lösen, den Arbeitern bei etwaigen Unfällen oder Krankheiten eine hinreichende Hilfe zu sichern, die kein erniedrigendes Almosen ist, sondern eine rechtzeitige Darbietung des Staates, der selbst von Allen erhalten, wiederum Alle zu erhalten sucht. Bei der Krankenkassenversicherung zahlt der Arbeiter selbst einen mäßigen Beitrag, während zur Unfallversicherung die Industrie beiträgt, welche auf die menschliche Arbeitskraft angewiesen ist. Die an die Industrie gerade in so schwerer Zeit gestellten erhöhten Anforderungen können aber nur erfüllt werden, wenn das Absatzgebiet der deutschen Waaren wesentlich erweitert wird. Dazu soll die Kolonialpolitik dienen, von der sich hoffen läßt, daß sie im Laufe der Jahre weiten Gebieten des Handels nützlich sein werde. Wenn manche Leute meinen, man könne mit fremden Ländern Handel treiben, ohne daß das Reich eigene Kolonien besitze, so weisen sie damit den deutschen Exporteuren die Stellung der Hauptrolle an. Wenn der deutsche Handel eine dauernde Grundlage haben und den Volkswohlstand vermehren soll, so muß er einen nationalen Charakter tragen. Der deutsche Reichstag wird in der nächsten Session auch über die Verhältnisse des Heeres und der Marine zu entscheiden haben, da wahrscheinlich die Frage eines neuen Militärseptennats zur Verhandlung gelangt. Die Entscheidung wird, davon ist man im Voraus überzeugt, eine solche sein, welche den Erwartungen der Reichsregierung entspricht und volles Vertrauen zu der bisherigen Verwaltung des für den Schutz des deutschen Nationalwohlstandes so nützlichen deutschen Heereswesens bekundet. Ob die Bewilligung der Heerespräsenz auf weitere sieben Jahre vom deutschen Reichstage ohne vorausgehende lange parlamentarische Kämpfe erfolgt, das wird freilich wesentlich von dem Ausfall der preussischen Landtagswahlen abhängen, welcher den Muth der prinzipiellen Opposition entweder kräftigen oder brechen wird.

Tageschau.

Freiberg, den 29. Oktober.

Der deutsche Kaiser empfing vorgestern den Grafen von Zieten-Schwerin, der ihm das Buch über den Reitergeneral Friedrich des Großen, v. Zieten, aus Anlaß des bevorstehenden hundertsten Todesjahres desselben, überreichte und von dem Monarchen zum Diner gezogen wurde, an welchem auch sämmtliche preussische Oberpräsidenten, soweit dieselben Mitglieder der evangelischen Generalsynode sind, Theil nahmen.

Prinz Albrecht von Preußen reiste von Berlin nach Schloß Kamenz zurück, trifft aber am Sonnabend mit seiner Gemahlin wieder in Berlin ein, um sich von dort aus zu dem am 2. November stattfindenden feierlichen Einzug nach Braunschweig zu begeben. Der Prinz wird das Kommando über das 10. Armeekorps nur so lange behalten, bis die kaiserliche Entscheidung über einen geeigneten Nachfolger erfolgt ist. Sodann erhält der Prinz die dritte Armee-Inspektion, welche durch den Tod des Prinzen Friedrich Karl erledigt ist. Es umfaßt diese Inspektion bekanntlich das 7., 8. und 10. Armeekorps. — Dem braunschweigischen Landtage theilte gestern der Staatsminister Graf Görz-Brissberg mit, daß bei der Audienz in Kamenz das Schreiben des Regentenschaftsrathes überreicht wurde, in welchem Prinz Albrecht von Preußen gebeten wird, die auf ihn gefallene Wahl zum Regenten Braunschweigs anzunehmen und unter Uebernahme der Regierung die nach dem Grundgesetze des Landes von 1832 erforderlichen Maßregeln anzuordnen. Er, der Minister, habe hierbei eine Ansprache gehalten, deren Schluß lautete: „Ew. L. Hoheit wollen mir gnädigst gestatten, hier im Namen der Deputation, im Namen des Regentenschaftsrathes und der Landesversammlung auszusprechen, daß das ganze Land durch die Annahme der Wahl seitens Ew. L. Hoheit beglückt ist und sich zum tiefen Dank verpflichtet fühlen wird und daß Ew. L. Hoheit mit dem vollsten Vertrauen auf hochherren segensreiche Regierung freudig begrüßt werden wird. Das walte Gott!“ Der Prinz habe darauf tiefbewegt etwa Folgendes erwidert: „Das Vertrauen, welche die Landesversammlung durch seine Wahl in ihn gesetzt habe, gereiche ihm in hohem Grade zur Befriedigung. Die Einstimmigkeit, mit welcher die Wahl erfolgt, habe ihn hoch erfreut. Er nehme dieselbe an in dem Bewußtsein, damit dem Wunsche Sr. Maj. des Kaisers zu entsprechen, allerhöchstbesten Wunsch für ihn Befehl sei. Er werde baldigst das verfassungsmäßige Patent über den Antritt seiner Regierung erlassen und hoffe, daß ihm Gott die Kraft verleihen werde, die Regierung des Landes im Geiste des hochseligen Herzogs zum Wohle und Segen des Landes zu führen.“ Die Deputation wurde sodann der Frau Prinzessin Albrecht vorgestellt, welche bemerkte, daß ihr Gemahl sowohl, als auch sie selbst die ihnen gestellte Aufgabe vollkommen zu würdigen wüßten und daß sie Beide bestrebt sein würden, ihre Pflicht in vollem Maße nach jeder Richtung hin zu erfüllen. Der Minister schloß: „So wäre also dieser Theil der Aufgabe des Regentenschaftsrathes und der Landesversammlung in Bezug auf die Führung der Regierung erledigt und ich kann die feste Ueberzeugung aussprechen, daß nach Allem, was ich auf dieser bedeutungsvollen Reise gehört und erfahren habe, das Land eine Wahl getroffen hat zu seinem Segen und Heile. Ich bitte sodann, daß die geehrte Versammlung Sr. L. Hoheit mit vollem Vertrauen entgegenkommen möge.“ Präsident v. Belthelm forderte die Versammlung auf, mit ihm in den Ruf einzustimmen: „Se. L. Hoh. Prinz Albrecht von Preußen, der demnächstige Regent des Herzogthums Braunschweig, lebe hoch!“ Die im Saale Anwesenden erhoben sich und brachten ein dreimaliges enthusiastisches Hoch auf den Prinzen Albrecht aus, in welches auch die Zuhörer auf den Tribünen einstimmten. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Anlässlich der heute in Berlin stattfindenden zweihundertjährigen Jubelfeier der dortigen französischen Kolonie wurde schon gestern Mittag auf dem Plage vor dem Hospital der „Refugiés“ ein in Bronze gegossenes Denkmal Kalvin's enthüllt. Nach einem Choralgesang hielt der Rechtsanwält d'Argens die Festrede, in welcher er der Aufnahme der vertriebenen Hugonotten durch den Großen Kurfürsten gedachte und den Reformator Kalvin feierte. Der Prediger Neßler übernahm das Denkmal namens der Verwaltung der französischen Kolonie und brachte dann ein dreifaches, begeistert aufgenommenes Hoch auf Se. Maj. den Kaiser aus. Ein abermaliger Choralgesang bildete den Schluß der erhebenden Feier. — Die in Bremen versammelte evangelische Missionskonferenz beschloß eine Erklärung an das deutsche Volk und einen Antrag an das auswärtige Amt zu richten, um die Einschränkung des Branntweinverkaufs an die Eingeborenen der deutschen Kolonien zu veranlassen. Sodann wurde in einer eingehenden, die ganze Sitzung ausfüllenden Besprechung die Befegung der deutschen Schutzgebiete durch deutsche Missionäre erörtert, vornehmlich eine baldige Mission nach Kamerun in Aussicht genommen. Ueber katholische Missionen in Kamerun bringt die „Germania“ die eigenthümliche, noch sehr der Bestätigung bedürftige Mittheilung, daß der deutsche Admiral solche ausdrücklich gewünscht habe. Darauf hätte der Ober der Station von Gabun, Vater Stoffel, in deutscher Sprache gemeldet: „Wohlan, Herr Admiral! Nur müßte man uns in Kamerun schließlich nicht das nämliche Schicksal bereiten, wie in Deutschland!“ P. Stoffel ist nämlich eines der Opfer des deutschen Kulturkampfes und befand sich